

Carina Herring

*Projektleiterin, Arbeitsgemeinschaft deutscher Kunstvereine Berlin*

Zu: 2. Rolle der KünstlerInnen – ergänzt: Rolle der Institutionen

Kritik am eigenen Betriebssystem ist meistens auch Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, die im institutionellen Gefüge des sozialen Miteinanders fest verankert sind und sich darin abbilden. Das zeigt sich im künstlerischen wie in jedem anderen Feld auch, insbesondere wenn es um Aushandlungsprozesse mit anderen Handelnden geht. Das Aushandeln von Machtverhältnissen ist dabei ein immanentes Moment dieses Prozesses.

Für KünstlerInnen entsteht damit ein Handlungs- oder Zwischenraum, in dem ihre Arbeit beiläufig oder gezielt institutionskritisch sein kann, damit aber auch in ein „produktives Dilemma zwischen Pragmatismus und Dekonstruktion“ (Carmen Mörsch) eintritt.

Eines dieser Dilemmas besteht darin, dass der Kunstkontext jenseits der symbolischen Aufmerksamkeitskultur selten konkrete und meist keine kontinuierliche Grundlage bietet, gesellschaftliche Veränderung auch nur ansatzweise durchzusetzen.

Daher interessiert mich insbesondere die Frage, wie Kunstinstitutionen, die sich als Experimentier- und Schutzraum für kritische, kulturelle Produktion verstehen, diesen symbolischen Handlungsraum der Kunst erweitern, damit es nicht nur bei der Abbildung der gesellschaftlichen Identifikations- und Machtkämpfe bleibt. Anders formuliert, wie können Kunstinstitutionen einen langfristigen und nachhaltigen Zugang zu politischer Macht herstellen, die künstlerische Entwürfe und Erkenntnisse folgenreich und verantwortungsvoll umsetzt? Kann das mediale und bildungspolitische Kapital von Kunstinstitutionen dazu genutzt werden, einen unbürokratischeren Zugang zu Entscheidungsträgern herzustellen, ohne dass diese darin nur eine weitere öffentliche Bühne für ihre Selbstrepräsentation sehen?

Ein weiteres Dilemma liegt in der Frage, wie Institutionen ihre spezifischen Einschränkungen bei personal- und zeitintensiven partizipatorischen und prozessorientierten Projekten überwinden können, damit es nicht bei Schmalspurausstellungsmustern bleibt, bei denen programmatisch KünstlerInnen vor Ort eingeladen werden, die sich aber nicht mit gebührender Intensität mit Ort/ Situation/ Beteiligten auseinandersetzen können. Für die KünstlerInnen, die nicht ein routiniertes Frage- oder Recherchierverfahren entwickelt haben, bleiben die von den Kuratoren sortierten Informationen ausschlaggebend, was den Vorwurf der „Pseudoethnografie“ nach sich gezogen hat.

Zu fragen wäre also auch, wie Kunstinstitution selbst ihren „Energiesparmodus“ (Mörsch) überwinden können, um sich mit der eigenen Rolle, ihren Hierarchien und Machtgefügen und dem selbstgesteckten Anspruch der Konzepte kritisch auseinander zusetzen.

Zuletzt, wie können Institutionen kulturpolitisches Standing und ihre relative Autonomie bewahren, wenn sie durch institutionskritische künstlerische Projekte selbst in ihrer Existenz „bedroht“ werden, z. B. weil die öffentliche Hand oder private Förderer Projektfinanzierungen absagen, Regressionsandrohungen formulieren oder den symbolischen Handlungsraum Kunst zensieren oder gar kriminalisieren?